

geburtshilfliche Versorgung im Einzugsgebiet des Diakonie-Krankenhauses Wehrda wird hauptsächlich durch das Universitätsklinikum Marburg sichergestellt. Da eine Gefährdung der flächendeckenden Versorgung im Sinne der Regelungen des Gemeinsamen Bundesausschusses über Sicherstellungszuschläge nicht vorliegt, kann das Hessische Ministerium für Soziales und Integration nicht verlangen, dass im Diakonie-Krankenhaus Wehrda weiterhin eine geburtshilfliche Abteilung betrieben wird.

Ungeachtet dessen wird sich das Hessische Ministerium für Soziales und Integration in regelmäßigen Abständen vergewissern, ob die umliegenden Krankenhäuser mit einer geburtshilflichen Abteilung in der Lage sind, die zusätzlichen Geburten zu „übernehmen“ und die Versorgung sicherzustellen.

Frage 147 – Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):

Ich frage die Landesregierung:

Bei wie vielen Kulturgütern (z. B. Kunstwerke, Bibliotheks- und Archivgut) wurde die Eintragung in das Verzeichnis national wertvollen Kulturgutes aus Hessen vorgenommen?

Antwort Angela Dorn, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst hat in seiner Zuständigkeit als oberste Landesbehörde seit 1955 in insgesamt 312 Fällen eine abgeschlossene Eintragung in das Verzeichnis national wertvollen Kulturgutes vorgenommen. Dazu gehören beispielsweise der Pferdekopf von Waldgirmes und der in der Keltenwelt am Glau- berg ausgestellte Keltenfürst.

Alle Eintragungen sind öffentlich auf der Homepage kulturgutschutz-deutschland.de einsehbar.

Frage 149 – Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten):

Ich frage die Landesregierung:

Beabsichtigt sie, angesichts der zunehmenden ernährungsbedingten und -abhängigen Erkrankungen, eine ernährungstherapeutische Beratung in hessischen Kliniken gesetzlich zu verankern?

Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Die Wahl der Therapiemittel, die den Behandlungserfolg eines stationären Aufenthaltes sichern, unterliegt grundsätzlich der Therapiefreiheit der Ärztinnen und Ärzte. Ungeachtet dessen ist davon auszugehen, dass eine ernährungstherapeutische Beratung – soweit sie erforderlich ist – bereits während des Krankenhausaufenthaltes oder als Teil des Entlassmanagements Berücksichtigung findet.

Frage 150 – Jan Schalauske (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Plant die GWH Wohnungsbaugesellschaft Hessen, die eine Tochter der Hessischen Landesbank ist, in Marburg Wohnungen aus ihrem Bestand zu verkaufen?

Antwort Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Die GWH Wohnungsbaugesellschaft Hessen (GWH) ist eine Tochtergesellschaft der Helaba, an welcher das Land Hessen mit 8,1 % beteiligt ist. Somit ist das Land Hessen kein direkter Gesellschafter der GWH und auch kein Mehrheitsgesellschafter beim Besitzer der GWH. Dementsprechend sind die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die GWH durch das Land Hessen sehr begrenzt.

Die GWH gab auf entsprechende Nachfrage die Auskunft, dass für Marburg keine konkreten Verkaufsaktivitäten bestünden.

Frage 151 – Kerstin Geis (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Trifft es zu, dass sie ihre Blockadehaltung hinsichtlich der Zukunft und Weiterfinanzierung der Berufseinstiegsbegleitung in Hessen aufgegeben hat?

Antwort Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:

Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration führt diesbezüglich keine Verhandlungen.

Frage 152 – Frank-Tilo Becher (SPD):

Ich frage die Landesregierung:

Plant sie aktuell eine Beteiligung an dem Projekt Elterngeld Digital des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend?

Antwort Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Die Landesregierung plant keine Beteiligung am Projekt „Elterngeld Digital“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport wird gemeinsam mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration und dem für Elterngeld zuständigen Regierungspräsidium Gießen Eltern mit der Anwendung „Elterngeld-Online“ die Möglichkeit eröffnen, Anträge online zu stellen. Dies soll noch bis Ende des Jahres 2019 möglich sein.

Das Projekt Digitale Modellbehörde des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport ist mit der Umsetzung der Anwendung „Elterngeld-Online“ betraut.

Frage 156 – Saadet Sönmez (DIE LINKE):

Ich frage die Landesregierung:

Welche rechtlichen wie organisatorischen Hintergründe hatten die Kontrollen und Durchsuchungen von Jugendlichen unter anderem durch Beamte des Hauses des Jugendrechts in Offenbach am 15. Juli 2019?

Antwort Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Am 15.07.2019 führte die Polizei in der Stadt und dem Landkreis Offenbach Kontrollen durch. Neben Beamten der hessischen Bereitschaftspolizei waren auch Polizeibe-